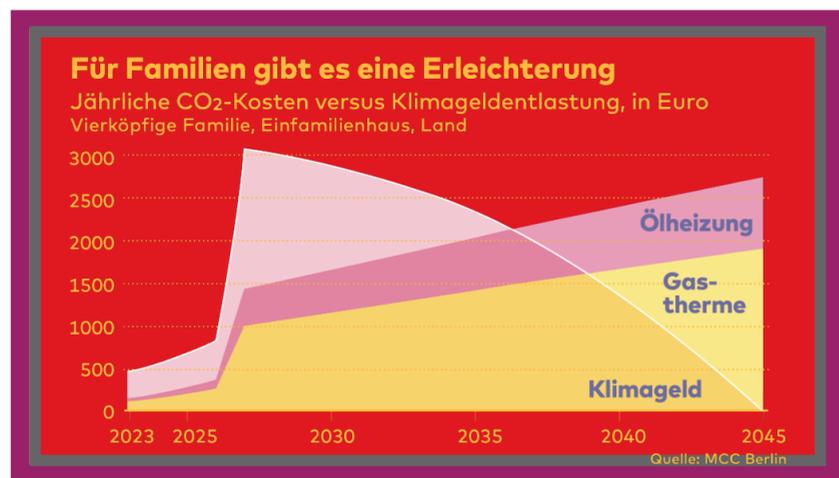


## ALLES HÄNGT AM KLIMAGELD



Mit dem Einbauverbot für Gas- und Ölheizungen ab dem kommenden Jahr hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zahlreiche Immobilienbesitzer hochgradig verunsichert. Viele lassen sich jetzt schnell einen neuen Heizkessel einbauen, obwohl es der alte sicher noch ein paar Jahre getan hätte: Zu groß ist die Sorge, durch das neue Gebäudeenergiegesetz zum Einbau einer teuren Wärmepumpe samt Hausdämmung gezwungen zu werden. Eine von Torschlusspanik geleitete Fehlentscheidung, warnt Habeck seither in Interviews: „Niemand sollte jetzt noch schnell eine Öl- oder Gasheizung einbauen.“ Schließlich würden die Preise für Erdgas und Heizöl von 2027 an durch den EU-Emissionshandel kontinuierlich steigen. „Allein schon deshalb sollte man bei einer so langfristigen Investition wie einer Heizung auf Erneuerbare setzen.“

# M

werden. In diesem marktwirtschaftlichen Kalkül liegt die Stärke des Emissionshandels, der im Bereich Industrie und Kraftwerke seine Funktionsfähigkeit schon unter Beweis gestellt hat. Doch am Ende bleiben stetig steigende Kosten – und die werden vom Tankstellen-Konzern oder dem Heizöl-Händler auf den Endverbraucher umgelegt.

Um wie viel geht es? Durch die Einführung eines zweiten europäischen Emissionshandels für den Gebäude- und Verkehrsbereich „muss 2027 mit signifikant höheren CO<sub>2</sub>-Preisen gerechnet werden“, heißt es in der Auswertung der MCC-Wissenschaftler Matthias Kalkuhl, Maximilian Kellner und Tobias Bergmann für WELT AM SONNTAG. „Ohne umfassende Förderprogramme, Verbote oder Standards sind im Jahr 2030 Preise zwischen 200 und 300 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> denkbar.“ Dies würde „zu Preissteigerungen von Kraft- und Brennstoffen führen, die in ähnlichem Umfang wie in der Energiekrise 2022 liegen.“

Super-Benzin etwa könnte bereits im Jahr 2027 plötzlich 2,30 Euro pro Liter kosten. Der Spritpreis würde sich dann bis zum Jahr 2045 stetig der Drei-Euro-Marke annähern. Ein Liter Heizöl war im Zuge des Russlandkrieges zeitweise auf mehr als 1,60 Euro pro Liter gestiegen – und war erst jüngst wieder unter einen Euro gefallen. Durch die EU-Klimaabgabe ab 2027 könnte der Heizölpreis auf die 1,50-Euro-Marke zurückschnellen. „Heizöl würde langfristig teurer als in der Energiekrise 2022 werden, und auch Erdgas würde mehr als doppelt so teuer wie vor der Energiekrise“, heißt es in der Auswertung.

Die Zahlen sind nur eine ungefähre, modellhafte Annäherung, keine echte Prognose. Welche Preise sich im Emissionshandel ab 2027 ergeben werden, kann derzeit noch niemand vorhersagen. Das

Steigende CO<sub>2</sub>-Abgaben machen Benzin, Heizöl und Gas ab 2027 sprunghaft teurer. Zum Ausgleich will der Staat zwar jedem Bürger eine Klima-Dividende zahlen. Doch nicht alle Verbraucher werden davon in gleichem Maße profitieren

hängt auch davon ab, wie die Förderprogramme den Heizungsaustausch vorantreiben und die Verkäufe von Elektroautos nach oben treiben.

Die klimapolitischen Preissteigerungen bei fossilen Brenn- und Kraftstoffen sollen die Verbraucher vom Kauf einer Gas- oder Ölheizung abschrecken – und zum Kauf einer mit Ökostrom betriebenen Wärmepumpe bewegen, ebenso zum Anschaffen eines Elektroautos. „Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann entscheidende Investitionsanreize bieten“, bestätigten die MCC-Autoren: „Damit diese sich jedoch voll entfalten, muss die Politik frühzeitig explizit Umfang und Ausmaß der CO<sub>2</sub>-Bepreisung kommunizieren.“

Bei der Anschaffung einer neuen Heizung hilft dieses Kalkül einstweilen nur wenig, da man nicht weiß, wie sich die Preise für Wärmepumpen-Strom entwickeln werden. Grundsätzlich gilt aber:

Arm soll der Klimaschutz die Verbraucher nicht machen. Die vielen Milliarden, die der Staat durch den Verkauf von CO<sub>2</sub>-Berechtigungen einnimmt, sollen dem Bürger als „Klimageld“ zurücküberwiesen werden – in der Hoffnung, dass der das Geld dann für weniger klimaschädliche Zwecke ausgibt. Wer wenig fossile Energie verbraucht, hat dank der jährlichen Rückzahlung am Ende womöglich sogar mehr in der Tasche als heute.

Mittlerweile wird an einem solchen Auszahlungsmechanismus gearbeitet. Im Zentrum steht dabei das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn und die Steuer-ID, die jeder Bürger schon mit der Geburt hat. Vor- und Zuname, Geburtsdatum und Anschrift sind dort bereits hinterlegt. Nun soll auch noch eine aktuelle Kontoverbindung gespeichert werden. Die Familienkasse und die Banken sollen an der gewaltigen IBAN-Sammelaktion beteiligt werden, entsprechende Arbeitsgruppen sind installiert. Offen ist, wer am Ende die Auszahlung des Klimageldes auf Grundlage von SteuerID und Kontonummer übernimmt. Bis 2024 wird der Mechanismus stehen, lautet das Versprechen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP).

Wann er genutzt wird, ist allerdings offen. Dafür müsste erst einmal Geld vorhanden sein, das an die Bürger überweisen werden könnte. Zwar gibt es den „Klima- und Transformationsfonds“, in dem nicht zuletzt durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung bereits heute viele Milliarden Euro liegen. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums werden allein zwischen 2023 und 2026 rund 178 Milliarden Euro bereitgestellt. Das Problem ist jedoch: Das Geld ist bereits für verschiedene ökologische Hilfs- und Förderprogramme verplant. Bei diesen Programmen müsste man also zunächst den Rotstift ansetzen, um allen ein Klimageld auszahlen zu können.

Nötig wäre es: Wenn Verbraucher Klimaschutz immer nur als Preis- und Kostentreiber wahrnehmen, ist es mit der Akzeptanz für die Energiewende schnell vorbei. Doch wer erhält wie viel? Geklärt ist noch nichts. Ökonomen gehen davon aus, dass es pro Kopf pauschal dieselbe

Summe gibt. Dies Sorge automatisch für einen sozialen Ausgleich. Da Wohlhabende in der Regel größere Wohnungen oder Häuser bewohnen, größere Autos fahren und größere Reisen machen, zahlen sie über den CO<sub>2</sub>-Preis mehr ein, als sie über das Klimageld herausbekommen. Bei Ärmern ist es umgekehrt. In der Praxis dürfte die Politik von dieser Gleichverteilung aber abweichen. „Das Klimageld – wie im Koalitionsvertrag geplant – kann ein Baustein einer umfassenden Entlastung sein“, schreiben die Gutachter des MCC in ihrer Analyse: „Es sollte aber stärker ausdifferenziert werden oder um Härtefall-Kompensationen ergänzt werden.“

Nach den Annahmen der MCC-Forscher könnte das Klimageld in der Anfangsphase ab 2027 bei einigen Verbrauchern sogar zu deutlichen Mehreinnahmen führen. Einer vierköpfigen Familie mit Einfamilienhaus auf dem Land würde in den ersten Jahren Klimageld in Höhe von rund 3000 Euro zufließen – während sich der Betrieb ihrer Ölheizung aufgrund der CO<sub>2</sub>-Abgabe lediglich um 1500 Euro verteuert. Allerdings sinkt das Klimageld Jahr für Jahr – weil immer weniger fossile Brennstoffe verkauft werden, wenn sich Wärmepumpen und Elektroautos durchsetzen. Entsprechend weniger CO<sub>2</sub>-Abgaben landen im Klimafonds. Im Jahr 2040 etwa könnte die Musterfamilie wohl nur noch mit 1200 Euro Klimageld im Jahr rechnen – während ihre Heizölkosten mit 2200 Euro dann deutlich darüber liegen. Hierin liegt der Anreiz, früh auf eine klimafreundliche Heizung umzusteigen.

Doch einige Verbrauchergruppen könnten nach den Berechnungen des MCC netto auch draufzahlen: Bei alleinstehenden Rentnern in Einfamilienhäusern etwa würde das Klimageld schon 2027 kaum ausreichen, auch nur die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl zu kompensieren. In der Praxis könnten sich Politiker deshalb gezwungen sehen, von einem einheitlichen Klimageld für alle abzuweichen. Haushalte mit geringem Einkommen, fehlendem Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr oder mit Ölheizungen in schlecht gedämmten Gebäuden müssten dann zusätzliche Förderungen erhalten.

VON KARSTEN SEIBEL UND DANIEL WETZEL

Liegt der Grünen-Politiker mit seiner Kaufempfehlung richtig? WELT AM SONNTAG hat das Forschungsinstitut MCC in Berlin um eine Berechnung gebeten, wie stark Klimaabgaben noch auf die Geldbörsen der Verbraucher durchschlagen könnten, die bereits seit Anfang 2021 eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf den Verbrauch von Benzin, Heizöl und Gas zahlen. Aktuell verteuert das den Benzinpreis um gut acht Cent pro Liter. Doch 2027 steht ein regelrechter Preissprung an.

Denn ab diesem Jahr will die Europäische Union ein neues Emissionshandelsystem für den Bereich Verkehr und Gebäude einführen. Die deutsche CO<sub>2</sub>-Steuer auf Benzin und Heizöl wird dann zu einem europäischen Handelssystem für CO<sub>2</sub>-Berechtigungen umgebaut. Händler von Benzin, Heizöl oder Gas müssen dann solche Berechtigungen ersteigern. Weil sie diese knappen Scheine untereinander handeln können, sorgt das dafür, dass stets die billigsten Klimaschutzmaßnahmen zuerst umgesetzt